

Position der FGL zu Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum (März 2021)

“Die beste Maßnahme, um kriminellen Verhalten entgegenzuwirken, ist frühestmögliche Prävention.“ (Homepage des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen)

### **Bestandsaufnahme**

Der öffentliche Raum in unserer Stadt ist ein wichtiger Ort für die Freizeitgestaltung von Jung und Alt.

Im Sommer 2020 haben die Nutzungskonflikte aufgrund der Corona-bedingten Schließung der Clubs, der Einschränkungen in Bars und Kneipen sowie der Absage von Veranstaltungen deutlich zugenommen. Für diesen Sommer ist eine vergleichbare Entwicklung zu erwarten. Vor diesem Hintergrund besteht dringender Handlungsbedarf, um Konflikte zwischen meist jungen Menschen, die sich im Freien an attraktiven Orten treffen, sowie den Anwohner\*innen zu reduzieren. Dies betrifft mehrere Orte in der Stadt, insbesondere Schänzle, Seestraße und Herosépark. Die große Mehrheit der Nutzer\*innen des öffentlichen Raums verhält sich unproblematisch, mit einem kleinen Personenkreis gibt es aber größere Schwierigkeiten, die auch aus Sicht der FGL dauerhaft gelöst werden müssen.

### **Vorrang für Prävention**

Die Freie Grüne Liste plädiert für die Weiterentwicklung der Präventionskonzepte. Insbesondere müssen attraktive Treffpunkte gestaltet werden, die nicht unmittelbar an Wohnbebauung angrenzen. Wir sehen große Potentiale für die Aufwertung von „Klein Venedig“ durch eine zusätzliche Grillstelle, Bühne, Kiosk, Toiletten- sowie Sportanlagen. Die Entzerrung der Nutzung des öffentlichen Raums kann Konflikten entgegenwirken. Wir bedauern, dass Maßnahmen, die seit langem im Präventionsrat der Stadt diskutiert wurden und die in anderen Städten positive Effekte gezeigt haben, nicht oder nur recht zögerlich umgesetzt werden (Beleuchtung, klar kommunizierte Regeln, mehr Toiletten und Pissoirs...). Vor diesem Hintergrund haben wir uns für die Aufstockung der personellen Ausstattung der Geschäftsstelle Präventionsrat eingesetzt. Wir haben den Antrag gestellt, hier eine volle Stelle anstatt der bisherigen 50%-Stelle zu schaffen, was leider – trotz positivem Votum des Jugendhilfeausschuss – von Verwaltung und Ratsmehrheit abgelehnt wurde.

### **Repression auf rechtstaatlicher Grundlage**

Wir sind nicht naiv. Selbstverständlich muss der Staat handlungsfähig sein, wenn es um die Einhaltung der Gesetze geht. Hier liegt die primäre Zuständigkeit bei der Landespolizei. Der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) kann die Arbeit der Polizei ergänzen, die Mitarbeiter des KOD sind gut ausgebildet und als städtische Arbeitnehmer sozial abgesichert. Den Einsatz privater Security, der von der Stadtverwaltung immer wieder gefordert wurde, hat die FGL hingegen stets strikt abgelehnt. Bei der Ausgestaltung von Polizeiverordnungen für die Nutzung des öffentlichen Raums muss darauf geachtet werden, dass diese rechtstaatlichen Grundsätze entsprechen und so auch gerichtsfest sind. Des Weiteren müssen die Regeln klar kommuniziert werden, der Appell allein zur Rücksichtnahme fruchtet augenscheinlich nicht.

### **Konkretes Handeln statt Symbolpolitik**

Wir wenden uns gegen die Symbolpolitik der CDU, die ursprünglich eine finanzpolitisch völlig unrealistische Verdopplung des KOD gefordert und letztlich zwei neue befristete

Stellen durchgesetzt hat. Zum einen ist völlig ungewiss, ob die Stellenbesetzung überhaupt noch während des Sommers `21 möglich sein wird, da hier haushalts- und personalrechtliche Hürden sowie die Notwendigkeit einer mehrmonatigen Ausbildung des neuen Personals zu berücksichtigen sind. Der zuständige Amtsleiter hat im Gemeinderat eingeräumt, dass die Stellen womöglich vollständig erst im Herbst besetzt werden können. Zum anderen muss jedem bewusst sein, dass der KOD nicht präventiv arbeitet und ohne die oben erläuterten präventiven Maßnahmen – insbesondere die Aufwertung von „Klein-Venedig“ – die im Übrigen sofort umgesetzt werden könnte, sich aus Sicht der FGL die Situation langfristig nicht verbessern wird.